



# iran-report

Nr. 02/2004

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Vor den Wahlen: die islamische Republik in ihrer tiefsten Krise / Erdbeben in Bam forderte 41.000 Tote / „Einheit der Republikaner“: Neues politisches Bündnis im Exil gegründet / Studenten fordern Freilassung politischer Gefangener / UNO-Bericht zur Meinungsfreiheit im Iran / Vier Tote bei Streik / Iran gibt Bau eines neuen Raketentyps bekannt.

### II. Wirtschaft

Chatami legt Parlament vierten Fünfjahresplan vor / Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Iran und Österreich ausgebaut / Informationsbüro in Österreich geplant: Iran wirbt im Ausland für Investitionen in der islamischen Republik / Durchschnittliches Monatseinkommen im Iran 7000 US-Dollar? / Pistazienexport um 79 Prozent gestiegen / Wirtschaftssanktionen für Flugzeugabstürze verantwortlich: Iran Air appelliert an US-Regierung / Die iranischen Technokraten und die politische Krise / Alkoholschmuggel aus dem Irak / Deutsche Firmen bauen Kanalisation in Teheran.

### III. Außenpolitik

Chatami: kaum Chancen für Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA / Außenminister Charrasi: Anreicherung von Uran nicht eingestellt / Gefangenenaustausch in Köln-Wahn: erstaunlicher Deal zwischen Israel, Deutschland, Iran und Hizbollah / Hamburger Terroristenprozeß: Außenminister Charrasi bezeichnet Zeugen als „Schwindler“ / El Qaida-Mitglieder sollen vor Gericht / Volksmodjahedin im Irak: Anwälte waren vor Auslieferung an Iran.

*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 03/2004 Anfang März) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Februar 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
lorenz@boell.de  
Fax: 030-285 34 - 494  
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez, Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel: 030-285 34 - 0  
Fax: 030-285 34 - 109  
Email [info@boell.de](mailto:info@boell.de)  
[www.boell.de](http://www.boell.de)

## I. Innenpolitik

### **Vor den Wahlen: die islamische Republik in ihrer tiefsten Krise**

Die Ereignisse im Vorfeld der Parlamentswahlen, die am 20. Februar stattfinden sollen, haben das Land in die wohl schwerste politische Krise seit Bestehen der Islamischen Republik geführt.

Die Krise nahm mit der Ablehnung von mehr als 3000 Kandidaten ihren Lauf. Der Wächterrat, jenes von den Konservativen beherrschte Gremium, das unter anderem für die Anerkennung von Bewerbern für Parlamentswahlen zuständig ist, hatte einen großen Teil der Reformen von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen. Nach Angaben des für die Durchführung der Wahlen zuständigen Innenministeriums wurden von 8157 Bewerbern 3605 abgelehnt. Allein in der Hauptstadt Teheran, wo sich 2050 Kandidaten gemeldet hatten, wurden 1062 -immerhin 52 Prozent- zurückgewiesen. Unter den abgelehnten Kandidaten befanden sich auch 83 Abgeordnete, darunter die profiliertesten Köpfe der Reformbewegung. Den abgelehnten Kandidaten wurde zumeist vorgeworfen, den Islam oder die Staatsführung beleidigt, gegen die Interessen des Landes verstoßen oder sich sittlich oder moralisch nicht korrekt verhalten zu haben. Ein Kandidat erklärte, er sei abgelehnt worden, weil er sich rasiert habe.

Aus Protest gegen die Massenablehnungen traten die abgelehnten Abgeordneten in einen unbefristeten Streik, dem sich auch einige Abgeordnete anschlossen, deren Kandidatur vom Wächterrat akzeptiert worden war. Mohammad Reza Chatami, Bruder des Staatspräsidenten und Vorsitzender der Mosharekat-Partei, der größten Partei des Landes, der zu den Abgelehnten gehörte, erklärte: „Sollte die Entscheidung nicht zurückgenommen werden, können die Wahlen nicht stattfinden. Die Menschen werden sich an der Wahl nicht beteiligen und wir steuern auf einen Wahlboykott zu.“

Das Parlament entwickelte sich allmählich zu einem Zentrum des Widerstands der Reformen gegen die Willkürherrschaft der Konservativen. Immer mehr Persönlichkeiten und Verbände bekundeten ihre Solidarität mit den streikenden

Parlamentariern. Nahezu alle Provinzgouverneure sowie einige Mitglieder der Regierung drohten mit Rücktritt. Das Innenministerium erklärte, es werde unberechtigte Ablehnungen nicht akzeptieren.

Staatspräsident Chatami versuchte, wie immer in Krisenzeiten, den Zorn, den die Entscheidung des Wächterrats im ganzen Land hervorgerufen hatte, zu beschwichtigen. Auch für ihn sei die Entscheidung nicht akzeptabel, sagte er. Er wolle versuchen, in einem Gespräch mit Revolutionsführer Ayatollah Chamenei das Problem zu lösen.

In der Tat richtete sich alle Aufmerksamkeit auf ihn. Die Zeit für Kompromisse sei endgültig vorbei, sagte der Parlamentsabgeordnete Chaschajar Dehhami. „Wenn Chatami seinen bisherigen Weg fortsetzt, wird er seine Glaubwürdigkeit vollends verlieren“. Tatsächlich wurde die Frage, wie sich Chatami verhalten würde, immer entscheidender. Würde er auch dieses Mal die Willkür in Kauf nehmen oder endlich Widerstand leisten und im Falle der Aufrechterhaltung der Ablehnungen sein Amt niederlegen, lautete die am häufigsten gestellte Frage in Iran.

Die streikenden Abgeordneten waren sich zunächst über den Weg, den sie beschreiten sollten, nicht einig. Sollten sie zu einem Wahlboykott aufrufen oder doch wieder Kompromisse schließen und an der Wahl teilnehmen? Eine Wahl, bei der es eine Zensur der Kandidaten gibt und man nur jene Bewerber wählen darf, die der konservative Wächterrat ausgesiebt hat, sei keine freie Wahl, argumentierten zu recht jene, die sich für einen Wahlboykott aussprachen. Durch die Teilnahme legitimiere man die Wahl und nehme es hin, dass die Konservativen ihre absolute Macht ausbauten. Das bedeute das endgültige Ende der Reformen von oben.

Demgegenüber meinten die Gegner eines Wahlboykotts, die Konservativen könnten trotz aller Zensur nicht verhindern, dass einige Vertreter der Reformbewegung doch noch den Einzug ins Parlament schafften. Selbst wenn diese nur eine kleine Minderheit im Parlament bildeten, könnten sie die Möglichkeiten, die das Parlament bietet, in Anspruch nehmen, ihre Stimme erheben und dadurch eine Friedhofsruhe und totale Willkür im Land verhindern.

Die Argumente beider Seiten waren einleuchtend. Die Frage war nur, welcher Weg machbarer und effektiver wäre. Wären die Reformer um Präsident Chatami tatsächlich für eine totale Konfrontation gegen die Konservativen gerüstet gewesen, hätte ein Wahlboykott vermutlich zu einer endgültigen Entscheidung führen können, nach der sich die Bevölkerung schon seit Jahren sehnt. Aber die Reformer waren auf diese finale Auseinandersetzung nicht vorbereitet. Sie hatten es versäumt, sich selbst und noch wichtiger, die mehr als zwanzig Millionen Wähler, die für sie gestimmt hatten, zu organisieren. Die gesamte „Front Zweiter Chordad“, in der die Reformer versammelt sind, ist ein mehr oder weniger loses Bündnis, das bei so einer wichtigen Frage wie Boykott oder Teilnahme auseinander gebrochen wäre. Es war so gut wie sicher, dass in den ersten Tagen des Streiks nicht alle Reformkandidaten einem etwaigen Boykottaufruf gefolgt wären. Noch unsicherer war es bei den Wählern. Ein Wahlboykott hätte zwar die Wahlbeteiligung, die nach Einschätzung von Meinungsforschern ohnehin gering sein wird, noch weiter reduziert, aber die Wahl hätte trotzdem stattgefunden und den Stimmanteil der Konservativen entsprechend gesteigert. Doch der weitere Verlauf der Ereignisse löste die Frage von selbst.

Mit jedem Tag, der verging, spitzte sich die Lage weiter zu. Die Vermittlungsversuche Chatamis und auch die des Parlamentspräsidenten Mehdi Karrubi führten zu keinem Ergebnis. Selbst der Einsatz des Revolutionsführers Ali Chamenei, der unter dem Druck der Öffentlichkeit die Mitglieder des Wächterrats anwies, die Ablehnungen noch einmal zu überprüfen und die abgelehnten Parlamentarier, falls keine Beweise gegen sie vorlägen, wieder zuzulassen, konnte keine Abhilfe schaffen. Der Sprecher des Wächterrats, Ibrahim Asisi, erklärte, der Rat werde „auf keinen Fall nachgeben“ und „Kandidaten ohne Loyalität zum Islam und zur Verfassung“ zulassen. Die Absage verhärtete die Fronten.

Die Abgeordneten fordern die vollständige Rücknahme der widerrechtlichen Ablehnungen. „Wir sind bereit, jeden Preis für die Verteidigung freier Wahlen zu zahlen“, sagte Parlamentsvizepräsident Mohammad Resa Chatami, Bruder des Staatspräsidenten. Chatami, der zugleich Vorsitzender der Moscha-

rekat-Partei, der größten Partei des Landes ist und selbst zu den abgelehnten Parlamentsabgeordneten gehört, betonte: „Ohne freie Wahlen hat die Demokratie keine Bedeutung. Wir werden uns trotz Empfehlungen und sogar massiver Gewaltandrohungen unter keinen Umständen auf Kompromisse einlassen.“

Fast sämtliche Provinzgouverneure, mehrere Mitglieder der Regierung und hohe Funktionäre des Staates reichten dem Staatspräsidenten ihren Rücktritt ein. Doch Chatami lehnte die Gesuche ab. „Wir bleiben zusammen, und wenn wir gehen müssen, dann gehen wir zusammen“, sagte er. Das Innenministerium erklärte, sollten die widerrechtlichen Ablehnungen nicht zurückgenommen werden, könnten die Wahlen nicht stattfinden. Selbst der „Rat kämpfender Geistliche“, der als gemäßigt gilt und zum rechten Rand der Reformbewegung gehört, beschloss bei einer außerordentlichen Sitzung, sollte eine freie Wahl nicht gewährleistet sein, werde der Rat sich an der Wahl nicht beteiligen.

Diesem massiven Druck nachgebend erklärte sich der Wächterrats bereit, die Ablehnungen noch einmal zu überprüfen. Alle paar Tage wurden zwischen hundert und zweihundert Kandidaten wieder zugelassen. Am Ende beliefen sich die Rücknahmen auf 1160. Damit war das Ende der Überprüfungen erreicht. Ausgeschlossen blieben mehr als 2000 Kandidaten, darunter die amtierenden Abgeordneten.

Die Eskalation erreichte einen ersten Höhepunkt. 125 Abgeordnete, das sind mehr als 40 Prozent der 290 Mandatsträger im Parlament, reichten am 17. Tag des Streiks dem Parlamentspräsidenten Karrubi ihren Rücktritt ein. Der Abgeordnete Mohsen Mirdamadi, Vorsitzender des Ausschusses für Sicherheit und Außenpolitik, der den Rücktritt der Abgeordneten bekannt gab, sagte, der Wächterrats wolle „den hässlichen Körper der Diktatur mit dem schönen Gewand der Demokratie bedecken.“ Eine Wahl unter diesen Bedingungen sei „Verrat an den Rechten und Idealen des Staates“, sagte der Abgeordnete Radjab Ali Mazruie. Sie sei „rechtswidrig und dem Volk unzumutbar“.

Ayatollah Djannati, Vorsitzender des Wächterrats, betonte noch einmal, dass die Ablehnungen völlig korrekt gewesen seien. „Es gibt Menschen, die zwar die

Verfassung akzeptieren, auch ihre religiösen Pflichten erfüllen, aber zum Beispiel anderen Geld verleihen und dafür Zinsen nehmen. Solche Spekulanten und Betrüger gehören nicht ins Parlament", so Djannati.

Diese Argumente wies Parlamentspräsident Karrubi scharf zurück. Natürlich sollten Spekulanten nicht zum Parlament zugelassen werden, doch es sei weitaus schlimmer, wenn Leute, die sich zum Islam bekennen, die Rechte des Volkes missachten. Wenn sogar Parlamentsabgeordnete, die viermal ins Parlament gewählt worden seien, zurückgewiesen würden, dann bedeute dies nichts anders als Diskreditierung des Parlaments, des Staates und nicht zuletzt der Wähler. Wenn zwölf Mitglieder eines Gremiums die erste Wahl trafen und aus ideologischen und politischen Gründen tausende von Kandidaten zurückwiesen, könne man nicht von freien Wahlen sprechen. „Wir sind in einer Sackgasse“, sagte er. Die einzige Hoffnung, aus der Krise herauszukommen, sei ein Machtwort des Revolutionsführers Ali Chamenei. „Der oberste Führer muss einschreiten, um das Problem zu lösen“, sagte er.

Indes forderte Innenminister Moussavi Lari in einem Schreiben an den Wächterrat, der Vertagung der Wahlen zuzustimmen. Man könne nicht im Namen des Gesetzes tausende von Bewerbern ausschließen, ohne ein Vergehen der Betroffenen nachweisen zu können. „Die Umfragen zeigen, dass das Volk die Lust an der Wahl allmählich verloren hat.“ Die beste Lösung sei, die Wahlen zu verschieben. Auch sämtliche Provinzgouverneure erklärten inzwischen, dass sie nicht in der Lage seien, die Wahlen durchzuführen. Doch der Wächterrat lehnte den Antrag mit der Begründung ab, die Wahl könne nach iranischem Recht nur im Fall eines Krieges oder einer militärischen Besatzung verschoben werden.

Sollten das Innenministerium und Gouverneure tatsächlich bei ihrem Standpunkt bleiben, bliebe nur noch die Möglichkeit, dass der Wächterrat die Wahlen von Revolutionsgarden und der Armee durchführen lässt. Ob der Rat einen so eklatanten Schritt wagen würde, bleibt noch abzuwarten. Präsident Chatami deutete nach dem Rücktritt der Abgeordneten an, die Wahlen vertagen zu wollen. „Meine Regierung wird nur Wahlen abhalten, die im Geiste des Wettbewerbs und frei verlaufen. Das

Parlament muss die Ansichten der Mehrheit repräsentieren und alle politischen Strömungen einschließen“, zielierte die amtliche Nachrichtenagentur IRNA Chatami. Offenbar hat selbst Chatami die Hoffnung auf einen Kompromiss aufgegeben.

Den letzten Meldungen zufolge hat die Moscharekat-Partei auf ihrem außerordentlichen Kongress beschlossen, die Wahlen, sollten sie stattfinden, zu boykottieren. „Wir sehen diese Wahlen nicht als frei, fair und legal an, und deshalb gibt es keinen Grund, an ihnen teilzunehmen“, heißt es in dem Beschluss. Bereits am Vorabend hatten die Kabinettsminister in einer Krisensitzung einstimmig dem Vorschlag des Innenministers zugestimmt, die Wahlen zu verschieben.

Die Krise ist inzwischen so tief, dass eine Lösung kaum denkbar scheint. Die Rechten hätten durchaus die Möglichkeit, einen Durchmarsch zu versuchen und die Wahlen mit Gewalt durchzusetzen - die Macht dazu haben sie. Sie würden auch nach Einschätzung von Experten zwischen 30 bis 40 Prozent der Wähler -wenn nicht in Großstädten, so doch in der Provinz- mobilisieren und damit die absolute Mehrheit im Parlament erringen können. Aber ob sie nach diesem Sieg tatsächlich regieren können, bleibt fraglich. Die entscheidende Rolle liegt beim Volk, das sich bislang mehr oder weniger passiv verhält, als handele es sich bei den Auseinandersetzungen um einen Familienstreit, beim dem man sich lieber nicht einmischen sollte. Wenn es den Reformern doch gelingen würde, die enttäuschte Bevölkerung aus der Passivität herauszureißen und für sich zu gewinnen, wäre die Hoffnung auf eine entscheidende Wende in der Islamischen Republik nicht abwegig.

#### **41.000 Tote beim Erdbeben in Bam**

Nach offiziellen Angaben ist die Zahl der Toten bei dem Erdbeben in Bam vorläufig auf 41.000 festgelegt worden. Zuvor sprachen die Behörden von 30.000 Toten. Doch nun berichtete die Nachrichtenagentur IRNA, Mohammad Mehdi Golpajgani, Büroleiter des Revolutionsführers Ali Chamenei, habe erklärt, nach bisherigen Erkenntnissen seien bei dem Erdbeben 41.000 Menschen ums Leben gekommen. Die Zahl sei jedoch nicht endgültig und könne auf 45.000 steigen, denn die Hilfskräfte würden

immer noch Verschüttete aus den Trümmern bergen. Diese Angaben erfolgten nach der zweiten Reise des Revolutionsführers nach Bam. Golpaygani erklärte, 70 Prozent der Häuser in Bam seien gänzlich zerstört. Zehntausende Menschen seien obdachlos. Die Stadt müsse vollkommen neu aufgebaut werden. Experten schätzen die Kosten für den Wiederaufbau auf mehr als einer Milliarde Dollar.

Das Erdbeben hat auch die Landwirtschaft um die zerstörte Stadt Bam schwer geschädigt. Vor allem Dattelpflanzen und die Viehzucht seien betroffen, erklärte die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) in Rom. Das Beben habe Bewässerungsanlagen und Brunnen zerstört und über 20.000 Tiere getötet.

Ein Viertel des 230.000 Bewohner der Region um Bam lebt von der Landwirtschaft. Neben Datteln werden dort Zitrusfrüchte, Pistazien, Gemüse und Getreide angebaut und Viehzucht betrieben. Die EAO benötigt nach eigenen Angaben 2,5 Millionen US-Dollar, um Nothilfe für die betroffenen Kleinbauern zu leisten. Damit sollen vor allem Wasserleitungen instand gesetzt werden.

Das persischsprachige Programm der BBC führte ein Interview mit dem Kommandeur der Stadt Bam, Ali Schafiie, der berichtete, dass die Stadt in dreizehn Bezirken eingeteilt sei, in denen Hilfsorganisationen sich um die Verschütteten und Hinterbliebenen kümmern. Man habe große Lager eingerichtet, in denen auch Obdachlose, die aus dem Krankenhaus entlassen wurden oder nach Bam zurückgekehrt seien, Platz fänden und versorgt würden. Es gebe zwölf Millionen Tonnen Schutt, der abtransportiert werden müsse. Erst dann könne man mit Neubauten beginnen. Während dieser Zeit müssten die Obdachlosen sich in den Lagern aufhalten. Für Trinkwasser sei inzwischen gesorgt. Ketten von Kaufhäusern seien mittlerweile eingerichtet, auch der Bazar sei halbwegs wieder im Betrieb. Sogar einige Krankenhäuser seien mittlerweile wieder voll funktionsfähig.

Das Außenministerium in Teheran veröffentlichte indes Informationen über die Hilfeleistungen aus dem Ausland. Wie die Tageszeitung Iran berichtet, gab das Ministerium bekannt, dass sich insgesamt 68 Staaten, 9 internationale Hilfsorganisationen und 70 staatlich

unabhängige Organisationen an den Aktionen beteiligt hätten. Die Sachspenden hätten einen Wert von rund 76 Millionen Dollar.

An den Aktionen beteiligten sich rund 3000 ausländische Ärzte, Krankenhauspersonal und technische Helfer. 240 Transportmaschinen waren im Einsatz. Manche Staaten wie Großbritannien und Saudi-Arabien stellten Iran Flugzeuge zur Verfügung, darunter eine Sondermaschine zur Behandlung von Verletzten aus Saudi-Arabien. Das Internationale Rote Kreuz hat für die nächsten sechs Monate 43 Millionen US-Dollar und die UNO für die nächsten drei Monate 29,4 Millionen US-Dollar für Hilfsmaßnahmen eingesetzt. Die Golfstaaten wollen 400 Millionen Dollar für den Wiederaufbau der Stadt Bam spenden.

#### **Gründung einer „Einheit der Republikaner“ im Ausland**

Vom 8. bis 10. Januar veranstaltete „Die Einheit der Republikaner Irans“, „Ettehade Jomhourikhahane Iran“, ihren Gründungskongress in Berlin. Die Idee der Bildung eines Bündnisses von Linken, Sozial- und Nationaldemokraten gewann bereits vor dem Irak-Krieg an Aktualität. Damals ließen die massiven Drohungen der USA gegen die Islamische Republik und der Umstand, dass der Versuch Präsident Chatamis, den Gottesstaat von oben zu reformieren, ins Stocken geraten war, bei den meisten Oppositionellen im Ausland die Hoffnung aufkommen, in Iran werde es bald einen Regimewechsel geben. Die Exilanten fühlten sich dazu berufen, den enttäuschten, unzufriedenen Massen, die sich von der herrschenden Geistlichkeit abgewendet hatten, Alternativen anzubieten.

Die Monarchisten, die sich vorwiegend in Amerika aufhalten, scharten sie sich um den in den USA weilenden Sohn des 1979 gestürzten Schah und versuchten in enger Zusammenarbeit mit den amerikanischen Konservativen um Präsident George W. Bush ihre Rückkehr an die Macht vorzubereiten. Diese Aktivitäten riefen die Republikaner auf den Plan. Ein Grundsatzpapier wurde erstellt, in dem zur Teilnahme an einem „Bündnis der Republikaner“ aufgerufen wurde. Der Entwurf, den rund eintausend Oppositionelle unterzeichneten, wurde über Monate diskutiert.

In dem Entwurf, der auf dem Kongress verabschiedet wurde, heißt es, Iran stehe nach fünfundzwanzig Jahren Islamischer Herrschaft vor einer „grundlegenden politischen Umwälzung“. Der islamische Staat habe, unfähig sich selbst zu reformieren und den Forderungen des Volkes zu entsprechen, seine Legitimität verloren. Auch die „Politik der Unterdrückung nach innen und Kompromisse nach außen“ habe sich zur Lösung der innen- und außenpolitischen Problemen als unbrauchbar erwiesen. Diese Lage mache die Bildung einer politischen Alternative notwendig. „Wir treten für eine Republik ein, die ihre Legitimität aus dem Votum des Volkes bezieht“, heißt es in dem Entwurf. Unklar bleibt jedoch, ob das Bündnis sich als eine politische Unterstützung der Reformbewegung in Iran begreift, oder sich selbst als mögliche Alternative präsentieren möchte. In diesem Fall müsste man die Frage stellen, wieweit seine Botschaften bei den nahezu 70 Millionen Iranern ankommen werden.

Der Entwurf, der auf dem Kongress verabschiedet wurde, enthält einen Wunschzettel der Demokraten. Was er vermissen lässt, sind konkrete Analysen und vor allem, konkrete Hinweise auf Wege, die gemäß dem Wunsch der Bündnisteilnehmer zu einer „säkularen, auf Pluralismus, parlamentarische Demokratie, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit beruhende Republik“ führen sollen. Es wird zwar ausdrücklich betont, dass das neue Bündnis jede Anwendung von Gewalt ablehnt und sein Ziel auf friedlichem Weg erreichen will. Aber wie dies vonstatten gehen soll, bleibt bislang unklar. Antworten auf aktuelle Fragen, wie zum Beispiel eine konkrete Stellungnahme zu den bevorstehenden Wahlen am 20. Februar wurden auf später vertagt.

#### **Mehr als tausend Studenten fordern die Freilassung politischer Häftlinge**

Mehr als tausend Studenten forderten in einem namentlich unterzeichneten offenen Brief „das iranische Volk und alle Gewissen der Menschheit“ auf, „die politischen Gefangenen in Iran nicht zu vergessen“. Sie forderten die Freilassung aller politischen Häftlinge. Die Entwicklung eines Landes setze die Entfaltung und Freiheit unterschiedlicher Gedanken voraus und stehe damit im Widerspruch zur Monopolisierung der Macht und Einschränkung bür-

gerlicher Freiheiten, heißt es in dem Brief. „Die Menschen sind der politischen Zwänge und Scheinreformen überdrüssig, sie denken an eine andere Zukunft.“ Die Unterzeichner appellieren an internationale Menschenrechtsorganisationen, sich für die Achtung der Menschenrechte in Iran einzusetzen. Auffallend ist, dass keiner der namentlich bekannten studentischen Aktivistinnen zu den Unterzeichnern gehört. Das deutet darauf hin, dass sich neben den bestehenden studentischen Organisationen neue Initiativen bilden. Wie die Justiz auf diese Initiativen reagieren wird, ist nicht vorauszusagen. Nach Einschätzung politischer Beobachter wird sie sich, um zusätzlich Unruhen zu vermeiden, vor den Wahlen mit Strafmaßnahmen, insbesondere gegen Studenten, zurückhalten. Gleichzeitig soll jede Ansammlung von Studenten untersagt werden.

#### **UNO-Bericht über Meinungsfreiheit in Iran**

Der UNO-Beauftragte für Menschenrechte, Ameni Ligabo, legte nun, nach einem längeren Besuch im vergangenen November in Iran, seinen Bericht vor. Der Bericht stellt fest, dass der Wille zur Herstellung der Menschenrechte sowohl in der iranischen Gesellschaft als auch bei Parlamentsabgeordneten der Reformfraktion sowie bei der Regierung spürbar vorhanden ist. Dies gebe Anlass, auf eine Besserung der Lage zu hoffen. Doch dem stünden Parallelinstanzen gegenüber, die nicht vom Volk gewählt, sondern deren Mitglieder ernannt würden. Diese Instanzen blockierten den Prozess zur Demokratisierung.

Ligabo hatte bei seinem Besuch in Iran mit offiziellen Vertretern der Regierung, der Justiz des Parlaments sowie mit regierungsunabhängigen Organisationen und Einzelpersonen Gespräche geführt. In seinem fünfundzwanzigseitigen Bericht über die Lage der Meinungsfreiheit in Iran, den er jetzt der UN-Kommission für Menschenrechte vorlegte, weist er darauf hin, dass die auferlegten Einschränkungen der Meinungsäußerung eindeutig der Konvention der Menschenrechte widersprechen. Diese Einschränkungen „gehen weit über die von der Konvention geduldeten Einschränkungen hinaus“, schreibt er. „Sie sind außerdem so allgemein gehalten, dass jeder Richter sie nach eigenem Gutdünken interpretieren kann.“

Der Bericht bezeichnet die Revolutionsgerichte, die für Prozesse gegen Andersdenkende zuständig sind, als eine „mächtige Kraft gegen die Realisierung der Meinungs- und Redefreiheit“. Ligabo fordert die Gerichte und andere Instanzen auf, endlich den „schwammigen Begriff ‚Islamischer Grundsätze‘“, über die sogar unter der Geistlichkeit keine einhellige Meinung herrsche und auf die sich die Gerichte immer wieder berufen, genau, einheitlich und für alle Instanzen bindend zu definieren und die Gerichte zu verpflichten, sich daran zu halten.

Insgesamt stellt Ligabo fest, dass sich durch zahlreiche Verbote von Zeitungen und durch die Verhaftung von Andersdenkenden und deren willkürliche Verurteilung und Bestrafung die Lage der Meinungsfreiheit in Iran in den letzten Jahren merklich verschlimmert habe. Angst und Unterdrückung hätten bei Journalisten, Intellektuellen, Studenten und sogar Politikern zur Selbstzensur geführt. Der Menschenrechtbeauftragte der UNO fordert in seinem Bericht die Führung der Islamischen Republik auf, sämtliche Journalisten und Andersdenkende, die sich in Haft befinden, sofort frei zu lassen. Er bedankt sich bei der iranischen Regierung dafür, dass sie ihm die Möglichkeit gewährte, auch einige politische Häftlinge im Gefängnis zu besuchen, bedauert jedoch andererseits, dass weder der Wächterrat noch die Leiter des staatlichen Rundfunks und Fernsehens dazu bereit waren, ihn zu einem Gespräch zu empfangen.

Der Bericht legt eine Liste der Gefangenen vor, die Ligabo im Gefängnis besuchen konnte. Für einen Besuch des Journalisten Abbas Abdi sei keine Erlaubnis erteilt worden. Besorgt sei der Menschenrechtbeauftragte über das Schicksal von Ahmad Batebi, der sich im Hafturlaub befunden habe und am nächsten Tag nach dem Gespräch mit ihm wieder verhaftet und zu einem unbekannten Ort gebracht worden sei.

Kritik übt Ligabo auch gegen die Zensurbehörden, insbesondere gegen den „Kulturrat“, gegen das kollektive Verbot der Meinungsfreiheit für die Bahais und gegen die Vorgänge um die kanadisch-iranische Fotoreporterin, Zahra Fatemi. Die Reporterin war im vergangenen Juni während eines Besuchs in Iran festgenommen und im Gefängnis Folterungen ausgesetzt worden, in de-

ren Folge sie im Krankenhaus starb. Trotz massivem Druck aus dem In- und Ausland sind die Täter und Auftraggeber bis heute nicht ermittelt.

#### **Vier Tote bei Arbeiterstreik**

Nach einem Streik der Arbeiter und der Einmischung der Polizei in der Provinz Kerman im Süden Irans kam es zu Unruhen, bei denen vier Arbeiter erschossen und zahlreiche verletzt wurden. Der Streik richtete sich gegen den Beschluss der Leitung der Kupferschmelzwerke in Khatun Abad, bei der Neuplanung eine Gruppe von Arbeitern zu entlassen. Nach Angaben des Gouvernements hatte sich nach ersten Auseinandersetzungen, bei denen einige Arbeiter verletzt wurden, eine Gruppe von Motorradfahrern in die Stadt begeben und dort bei einigen öffentlichen Gebäuden sowie Banken die Scheiben eingeworfen. Daraufhin hätten sich die Ordnungskräfte eingemischt. Dabei seien Schüsse gefallen, die zum Tod von vier Personen geführt hätten.

Demgegenüber berichtete der Abgeordnete aus Kerman Mansur Soleimani Meimandi dem Parlament, die Polizei habe die Streikenden mit Hubschraubern und Sondereinheiten angegriffen. Nach seiner Darstellung hätten die Streikenden statt kurzfristige Arbeitsverträge Festanstellungen gefordert. Er kritisierte die Behörden, vor allem die Polizei, die es nicht vermocht hätte, den Konflikt friedlich zu lösen. Stattdessen habe sie die Arbeiter gedemütigt und versucht, sie mit Gewalt auseinander zu treiben.

Diese Vorwürfe wies die örtliche Polizei entschieden zurück. Sie habe bei ihrem Einsatz gegen einen illegalen Streik niemanden getötet. Die vier seien vermutlich von bewaffneten Gruppen getötet worden, sagte der Polizeichef.

Gemäß den iranischen Arbeitsgesetzen können Arbeiter mit kurzfristigen Verträgen nach Beendigung der Frist und Erhalt ihres Lohns entlassen werden. Auch Streiks sind nicht erlaubt. Statt unabhängiger Gewerkschaften gibt es „Islamische Arbeiterräte“, die im Konfliktfall zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingeschaltet werden.

### Bau eines neuen Raketentyps

Die Islamische Republik hat offiziell den Bau eines neuen Raketentyps mit einer Reichweite von 150 Kilometern bekannt gegeben. Nach Angaben von Verteidigungsminister Ali Schamchani sollen die „Raad-Raketen“ an der Küste und auf den Inseln im Persischen Golf oder auf Kriegsschiffen installiert werden. Die Raketen des Typs Raad (Donner) hätten die ersten Tests erfolgreich bestanden. Ihre Treffsicherheit liege bei 75 Prozent.

Indes verkündete der iranische Rundfunk, dass die bereits vorhandenen Noor-Raketen nun mit hochmodernem Radar ausgerüstet werden sollen. Dadurch würden sie für Störsignale unempfindlich und könnten eine Treffsicherheit von 100 Prozent erreichen. Schamchani sagte, die Islamische Republik Iran verschaffe sich damit „einzigartige Fähigkeit in der elektronischen Kriegsführung“.

### II. Wirtschaft

#### Chatami legt Parlament vierten Fünfjahresplan vor

Staatspräsident Mohammad Chatami legte dem Parlament den vierten Fünfjahresplan vor. Der Plan sei, so der Präsident, nach den Richtlinien konzipiert worden, die Ayatollah Chomeini bereits vor mehr als zwanzig Jahren für die Entwicklung des Landes vorgegeben hatte. Ziel des Plans sei es, aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse und Erfahrungen wirtschaftliche und soziale Stabilität und Entwicklung zu erreichen, Gerechtigkeit walten zu lassen, mit anderen Staaten zu kooperieren, Sicherheit zu gewähren und die islamisch-iranische Kultur und Identität zu wahren und zu pflegen.

Voraussetzung für das Erreichen dieser Ziele sei eine stabile, gut funktionierende und fähige Regierung, sagte Chatami. Deshalb werde in dem neuen Plan die Organisierung und Reform der Verwaltung als ein zentrales Anliegen betrachtet.

Der Plan soll in den nächsten Jahren die Arbeitslosenquote von gegenwärtig 11,2 Prozent auf 8,4 Prozent und die Inflationsrate von 16,5 Prozent auf 9,9 Prozent reduzieren. Allerdings werden die Zahl der Arbeitslosen sowie die Inflationsrate seitens der Experten derzeit weit höher geschätzt als von der Regierung angegeben.

Als weitere Ziele des Plans erwähnte Chatami den Ausbau einiger Zweige der Industrie und der Landwirtschaft. Mit Hilfe staatlicher Investitionen solle der Export von Waren außer Erdöl und Ergas erheblich gesteigert werden. Insgesamt solle das Wirtschaftswachstum von zurzeit sechs Prozent auf acht Prozent gesteigert werden. Der Weg zu diesen Zielen sei „windungsvoll“, sagte Chatami. Zu seiner Bewältigung „müssen neue Gesetze verabschiedet werden, die Staatsfinanzen und der Staatshaushalt müssen in Ordnung gebracht werden, es darf keine weiteren Staatsanleihen bei den Banken geben, die Privatwirtschaft muss massiv gefördert und die Verwaltung reorganisiert werden“.

Mit der Weiterentwicklung der einheimischen Industrie und der Kooperation mit internationalen Unternehmen werde

Iran in der Lage sein, weit mehr als bisher industrielle Produkte zu exportieren. Die iranische Landwirtschaft müsse das Ziel erreichen, den Inlandsbedarf zu decken und bestimmte Güter für den Export ins Ausland zu produzieren.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit internationalen Unternehmen setze voraus, dass Iran der Beitritt zur Welthandelsorganisation gelingt und dass sich im Inland „das System elektronischer Abwicklung des Handels mit dem Ausland“ etabliert. Ferner müssen „die staatlichen Monopole aufgelöst oder unter Kontrolle gebracht, wirtschaftliche Vorteile und Privilegien abgeschafft“ und weit mehr ausländische Unternehmen für Investitionen in Iran gewonnen werden.

Zum Schluss betonte Chatami, dass die wirtschaftliche Entwicklung von der Entfaltung der Kultur, von der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit, der Erhaltung der Umwelt und von einer funktionierenden Justiz abhängig sei. Die Prosperität der Wirtschaft sei nur zu erreichen, wenn der Staat im Dienste des Volkes stehe, wenn er in der Lage sei, für das Allgemeinwohl zu sorgen und den Bürgern die notwendigen Sicherheiten zu gewähren und flexibel genug sei, um auf internationale Veränderungen zu reagieren.

#### **Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und Österreich im Aufwind**

Während des viertätigen Besuchs des österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil in Teheran wurden mehrere Gespräche über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Teheran und Wien geführt. Beide Seiten äußerten ihre Zufriedenheit über die Verhandlungen. Die Teheraner Tageszeitung Chabar sprach von „vielversprechenden wirtschaftlichen Aussichten“. Der Gesamtwert der gemeinsamen Projekte, über die verhandelt wurde, soll nach Angaben der österreichischen Presse rund drei Milliarden Euro betragen. Österreich will sich unter anderem am Bau von Wasserleitungen in der Provinz Kerman beteiligen. Für dieses Projekt ist eine Investition von 136 Millionen vorgesehen. Darüber hinaus sollen zwei Stahlwerke und ein Krankenhaus im Norden gebaut und die Teheraner U-Bahn ausgebaut werden. Ein weiteres Projekt, das von beiden Seiten als „sehr bedeutend“ eingestuft wurde, betrifft den Bau von Gasleitungen von I-

ran über die Türkei nach Europa. Österreichische Ölfirmen sind bereits seit 2001 an verschiedenen Projekten in Iran beteiligt. Doch der Bau von Gasleitungen würde, sollte er tatsächlich zustande kommen, alle bisherigen Projekte übertreffen. Die Kosten dieses Projekts werden auf 4 Milliarden Euro geschätzt. Die Länge der Gasleitung beträgt rund dreitausend Kilometer. Sie soll bis zum Jahr 2010 fertiggestellt werden. Damit wäre Iran in der Lage, jährlich 20 Milliarden Kubikmeter Gas nach Österreich zu exportieren.

Die Euphorie über das große Geschäft war so groß, dass nach einem Bericht der Nachrichtenagentur IRNA der österreichische Bundespräsident bei seinem Abschied sagte, Iran gehöre nicht zu einer „Achse des Bösen“, sondern im Gegenteil zu einer „Achse des Guten und der Kooperation“. Allerdings wurde später dieses Zitat von Seiten Österreichs dementiert. Der Sprecher Klestils, Hans Magenschab, wies das Zitat „vollständig“ zurück. „Selbstverständlich weisen wir das zurück“, sagte er. Im Übrigen sei bekannt, dass IRNA „unter staatlicher Zensur steht“, fügte er hinzu.

#### **Informationsbüros im Ausland für Investitionen in Iran**

Mohammad Chazai, Leiter des Amtes für ausländische Investitionen und technischer und wirtschaftlicher Entwicklungshilfe, gab bei einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter Irans und Österreichs in Teheran bekannt, dass Teheran in Kürze das erste Informationsbüro für Auslandsinvestitionen in Iran in Österreich eröffnen werde. Ähnliche Büros sollen in nächster Zeit auch in anderen Ländern eingerichtet werden. Ziel dieser Einrichtungen sei, für Investitionen in Iran zu werben.

Chazai berichtete, dass das Volumen der Auslandsinvestitionen in Iran in den letzten zwei Jahren um 400 Prozent angestiegen sei. Iran habe in den Jahren zwischen 1997 bis 2002 einen Anstieg seines Wirtschaftswachstums von 2,2 Prozent auf 7,6 Prozent verzeichnet. Im selben Zeitraum sei die Arbeitslosigkeit von 16,6 Prozent auf 11,2 Prozent und die Inflationsrate von 23,2 Prozent auf 14 Prozent gesunken. Auch der Außenhandel sei innerhalb des genannten Zeitraums von 37,5 Milliarden Dollar auf rund 52 Milliarden Dollar

angestiegen. All dies gestatte einen hoffnungsvollen Blick in die Zukunft.

Positiv sei es auch um die Devisenreserven des Landes bestellt. Diese seien in der Zeit von 1997 bis 2002 von 4,5 Milliarden Dollar auf 13 Milliarden Dollar gestiegen.

Mit diesen Zahlen, die allerdings zum Teil von den Angaben Chatamis abweichen, wollte Chazai wohl demonstrieren, dass die wirtschaftliche Entwicklung Irans seit der Amtsübernahme Chatamis einen beachtlichen Aufschwung genommen hat. Dass diese positive Bilanz zu einem großen Teil dem Anstieg der Ölpreise zu verdanken ist, erwähnte er nicht.

#### **Durchschnittliches Prokopfeinkommen in Iran 7000 Dollar?**

Der Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im Außenministerium, Mohammad Hossein Adeli, sagte bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos, das durchschnittliche Prokopfeinkommen in Iran betrage 7000 Dollar brutto. Die iranische Wirtschaft befinde sich seit vierzehn Jahren im Aufschwung, sagte er. Dazu bemerkt die Tageszeitung „Donyay-e eghtesad“ (Die Weltwirtschaft), nach dieser Behauptung müsste Irans Bruttosozialprodukt bei einer Bevölkerungszahl von 65 Millionen 455 Milliarden Dollar betragen, was wohl viel zu hoch gegriffen wäre. Da habe der Herr Staatssekretär wohl ganz schön übertrieben. Peter David, Auslandsredakteur der britischen Zeitschrift The Economist, der an derselben Podiumsdiskussion teilnahm, wies die Angaben des Staatssekretärs zurück und meinte, Iran habe sich seit der Revolution wirtschaftlich um 30 Prozent zurückentwickelt.

#### **Export von Pistazien steigt um 79 Prozent**

Wie der persischsprachige Auslandsender Radio Farda berichtet, ist der Export von Pistazien seit März 2003 um 79 Prozent auf einen Wert von rund 550 Millionen Dollar gestiegen. Vor gut drei Jahren hatte der Export iranischer Pistazien, die mit Ephlotoxin infiziert waren, einen herben Rückschlag erlitten. Inzwischen ist es Ex-

perten gelungen, Lagerungstechniken zu entwickeln, die eine Ausbreitung des Virus verhindern. Dadurch konnte in den vergangenen neun Monaten der Export von 80 tausend auf 180 tausend Tonnen gesteigert werden.

Iran, USA, Australien und die Türkei sind die größten Pistazienproduzenten der Welt. Dabei sind die iranischen Pistazien, deren Produktion gänzlich von privaten Unternehmen getätigt wird, qualitativ weitaus besser als die anderer Länder. Was den iranischen Produzenten zum Teil fehlt, ist eine standardisierte Verpackung, die noch längst nicht überall eingeführt worden ist. Außerdem fehlen den Unternehmen gute Marketingkenntnisse auf internationalen Märkten. Doch sie sind inzwischen bemüht, diesen Mangel zu beheben - dann wäre Iran in der Lage, die Einnahmen durch den Verkauf von Pistazien um das Mehrfache zu steigern.

#### **Appell der staatlichen Fluggesellschaft an die USA, die Wirtschaftssanktionen gegen Iran aufzuheben**

Die staatlich-iranische Fluggesellschaft Iran Air appellierte an die US-Regierung das Verbot aufzuheben, Ersatzteile von Flugzeugen nach Iran zu liefern. Gemäß den vor 25 Jahren gegen Iran beschlossenen Wirtschaftsanktionen ist es u.a. der amerikanischen Luftfahrtindustrie untersagt, Geschäfte mit Iran abzuschließen. Wegen Mangels an Ersatzteilen gebe es in Iran immer häufiger Flugzeugabstürze, hunderte von Menschen kämen dabei ums Leben.

Der Stellvertretende Direktor von Iran Air, Mahmud Mehranpur, sagte, die Aufhebung des Wirtschaftsembargos würde „das Leben unschuldiger Passagiere schützen“. Nach der Teilnahme der USA an Hilfsaktion für die Opfer des Erdbebens in Bam hoffe er, die amerikanische Regierung werde zu einer weiteren „humanitären Geste“ bereit sein. Er versicherte, Iran würde, sollten die Sanktionen aufgehoben werden, außer Ersatzteilen auch Flugzeuge des amerikanischen Herstellers Boeing kaufen.

#### **Die iranischen Technokraten und die politische Krise**

Die politische Krise, in die Iran durch die massenhafte Ablehnung von Kandidaten für die Parlamentswahlen

hineingeraten ist, zeigt auch ihre Wirkung in der iranischen Technokratie. Fereidun Chawand, Wirtschaftsredakteur des persischsprachigen Senders „Radio Farda“ meint, „das Veto des Wächterrats gegen zahlreiche Kandidaten der Reformer habe der iranische Technokratie schockartige Stöße versetzt“. Ein Teil der iranischen Technokraten seien in den letzten Jahren bemüht gewesen, ideologisch orientierte Vorstellungen, die mit der Revolution in die Verwaltung Einzug erhalten hatten, allmählich zu den Akten zu legen und stattdessen modernere Denkweisen einzuführen. Allmählich hätte sich der Begriff „gute Staatsführung“ etabliert. Dieser Begriff werde nun auch bei den Protesterklärungen hoher Staatsfunktionäre gegen die Entscheidung des Wächterrats verwendet. Hohe Beamte, die sich mit den streikenden Parlamentsabgeordneten solidarisiert haben, bezeichnen die Krise als schädlich, weil sie sich gegen die Voraussetzungen einer guten Staatsführung richte. Zu diesen Voraussetzungen gehören nach Ansicht der Beamten „die Besserung der Atmosphäre für Handel und Arbeit, die Förderung der freien Wirtschaft, die Sicherung der Möglichkeit der wirtschaftlichen Konkurrenz, die Reduzierung der Verwaltung und staatlicher Einrichtungen zugunsten privater Initiativen und die Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstands. Diese Voraussetzungen seien nur zu schaffen, wenn im Land keine Willkür, sondern Recht und Gesetz herrschten. Die willkürliche Ablehnung von Kandidaten und das dadurch entstandene politische Chaos habe das Land in seiner Entwicklung weit zurückgeworfen.

Zahlreiche hohe Staatsfunktionäre erklärten, dass sie ohne eine Veränderung dieser Zustände nicht in der Lage seien, ihre Arbeit fortzusetzen. Zu diesen Beamten gehören auch solche, die an den Schaltstellen der Wirtschaft arbeiten wie zum Beispiel Hossein Kazempur Ardebili, Irans Vertreter bei der OPEC oder andere, die zum Teil für Ölverträge mit ausländischen Gesellschaften zuständig sind. Auch der Leiter der Organisation für Führung und Planung und seine vier Stellvertreter zählen zu jenen, die Staatspräsident Chatami ihren Rücktritt eingereicht haben. In manchen Ministerien hat die Krise bereits zu Frontbildungen geführt, wie zum Beispiel im Handelsministerium. Im Gegensatz zu Minister Mohammad Schariatmadari, der zu den Konservativen und dem engsten

Kreis um Revolutionsführer Chamenei gehört und entsprechend Stellung nimmt, haben einige seiner engsten Mitarbeiter mit Rücktritt gedroht.

#### **Alkoholschmuggel aus dem Irak**

Der Hauptexport Iraks nach Iran sind alkoholische Getränke. Wie die Nachrichtenagentur AP berichtet, werden täglich massenweise alkoholische Getränke, vom schottischen Whisky bis verschiedene Sorten von Wodka, nach Iran exportiert. Während in Iran der Alkoholkonsum streng verboten ist, ist dessen Produktion und Verkauf in Irak völlig legal. Zwar wird der Alkoholkonsum bei strengen Muslimen vermieden, doch verboten ist er nicht und er ist dazu noch billig, weil alkoholische Getränke nicht besteuert werden. Eine Flasche Johnnie Walker Red Label kostet im kurdischen Teil Iraks zehn Dollar, in Iran muss man dafür das Fünffache bezahlen.

Ein Lastwagen voller Whisky ist Millionen wert. Selbstverständlich ist der Import von alkoholischen Getränken in Iran verboten, nicht jedoch der Export aus dem Irak. Die irakischen Grenzbeamten wissen sehr wohl, welche Last die großen Lastwagen aufgeladen haben, die die Grenze passieren wollen, aber sie lassen sie durch. Und die iranischen Grenzer machen für ein gutes Trinkgeld die Augen zu. Es wird berichtet, dass täglich zwischen 100 und 200 große Lastwagen die Grenze zwischen Iran und Irak passieren.

#### **Deutsche Firmen bauen Kanalisation in Teheran**

Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn und der iranische Energieminister Habibollah Bitaraf gaben in einer in Berlin veröffentlichten Erklärung bekannt, dass ein deutsch-iranisches Konsortium den Zuschlag für einen Millionenauftrag zum Bau eines neuen Kanalisationssystems in Teheran erhalten habe. Das Auftragsvolumen beläuft sich auf 250 Millionen Euro. Zu dem Konsortium gehören Siemens, die Walter Bau AG und Emser-Lippe-Verband/Genossenschaft sowie die iranische Firma HAMP-Teheran. Wenn ausländische Unternehmen sich um öffentliche Aufträge bewerben, müssen sie nach geltendem Recht mit iranischen Unternehmen zusammenarbeiten, wobei inländische Firmen mit mindest 51 Pro-

zent an dem Konsortium beteiligt sein müssen.

Zu dem Projekt gehört der Bau von Kläranlagen sowie einer neuen Kanalisation in zwei Stadtbezirken. Der Auftrag sei Teil eines bis 2025 laufenden Investitionsplans für die iranische Wirtschaft in Höhe von 30 Milliarden Euro, sagte Energieminister Habibollah Bitaraf. Seinen Angaben zufolge werden deutsche Unternehmen auch noch an neun weiteren Trinkwasser- und Abwasserprojekten im Wert von drei Milliarden Euro beteiligt werden.

Ministerin Bulmahn sagte, die deutsche Wasserwirtschaft habe mit Förderung ihres Ministeriums passgenaue Lösungen für Iran entwickeln können. „Die Zusammenarbeit mit Iran ist ein Beispiel dafür, wie aus Forschungsförderung Arbeitsplätze in Deutschland entstehen.“

Beide Minister vereinbarten den Transfer neuer deutscher Technologien zur Lösung der Probleme der Wasserknappheit in Zentralasien. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit beider Länder auf die Felder der Hochschulbildung und Berufsausbildung ausgeweitet werden.

## II. Außenpolitik

### **Chatami sieht kaum Chancen zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA**

Während seines Aufenthalts in der Schweiz äußerte sich Präsident Mohamad Chatami am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos auf einer Pressekonzferenz unter anderem über die iranisch-amerikanischen Beziehungen. Auf die Frage eines Journalisten, ob er auf dem Wirtschaftsgipfel, bei dem er die Eröffnungsrede hielt, auch mit US-Vizepräsident Dick Cheney ein Gespräch führen werde, sagte er: „Wenn ich bei meiner Rede von der Notwendigkeit des Dialogs gesprochen habe, meinte ich den Dialog zwischen Kulturen und Gesellschaften, zwischen Gelehrten.“ Sollten sich die Beziehungen auf dieser Ebene verbessern, fügte er hinzu, „dann können wir auch einen politischen Dialog führen“.

Während Chatami ein Gespräch mit Vizepräsident Cheney ablehnte, traf sich der iranische Außenminister Charrasi mit dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im US-Senat, Josef Biden. Laut Charrasi sei das Gespräch spontan auf einen Vorschlag des US-Senators, der der Politik der Bush-Regierung kritisch gegenüber stehe, zustande gekommen. „Ich hoffe, dass eines Tages die Probleme zwischen unseren Ländern beseitigt werden“, soll Biden nach Angaben von Charrasi gesagt haben. Iran habe durch die feindliche Politik der USA große Schäden hinnehmen müssen, erwiderte der Außenminister. Solange diese Feindschaft fortgesetzt werde, könne es zwischen den beiden Staaten keine Verhandlungen geben.

Dem Treffen messen politische Beobachter in Iran keine große Bedeutung bei. Sadegh Zibakalam, Professor an der Universität Teheran und bekannt als Experte für strategische Fragen, meinte, solche Gespräche würden an der gegenwärtigen Beziehung zwischen Teheran und Washington „nichts Grundsätzliches ändern“. Eine Änderung werde sich paradoxerweise dann erst ergeben, wenn die Konservativen in Iran die absolute Macht zurück erobert haben.

Indes berichtete die Washington Post am 28. Januar von einem Treffen des ständigen Vertreters Irans bei der UNO, Mohammad Dżawad Zarif mit amerikani-

schen Senats- und Kongressabgeordneten. Beide Seiten bestätigten den Bericht. Das Gespräch fand am internationalen Woodrow-Wilson-Forschungsinstitut in Washington statt. Normalerweise darf Zarif New York nicht verlassen. Nach Auskunft eines amerikanischen Sachverständigen sei das Treffen nicht offiziell gewesen, obwohl es auch von der amerikanischen Regierung bestätigt wurde. Es ist auch davon auszugehen, dass Zarif ohne Zustimmung aus Teheran das Gespräch mit den Abgeordneten nicht geführt hätte. William Miller, ein ehemaliger Diplomat, der die Treffen in Wood-Wilson-Institut organisiert, sagte gegenüber Washington Post, das Treffen werde von beiden Regierungen genau analysiert.

Zarif selbst meinte in einem Interview vor dem Treffen: „Der Kongress hat mich zu einer Diskussion über Sicherheitsfragen der Nahost-Region und sonstige Fragen eingeladen.“ Er fügte hinzu: „Solange es die Bereitschaft zu einem offenen Dialog gibt und sich ein neues Verhalten zeigt, wird ein Gespräch über aktuelle Fragen der Region für beide Seiten vom Nutzen sein.“ Die Zeitung „USA Today“ berichtete, dem Treffen werde bald der Besuch einer US-Delegation in Teheran folgen. Mitarbeiter der Abgeordneten könnten demnach bereits ab 11. Februar zur Vorbereitung der Reise in Iran eintreffen.

Ein Senator, der nicht genannt sein wollte, meinte, das Treffen deute auf den Beginn einer neuen Phase in der Beziehung zwischen USA und Iran. Einige Senatoren hätten den Wunsch geäußert, Iran zu besuchen. Auch in Iran wachse die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen zu den USA. Ein anderer Senator sagte, rund sechzig Senatoren hätten den Wunsch geäußert, an dem Treffen teilzunehmen. Iran habe mit der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomsperrvertrag einen wichtigen Schritt getan. Es gebe viele Themen, über die Iran und die USA miteinander diskutieren müssten. Doch zunächst müssten sie sich erst einmal richtig und offiziell grüßen.

Solche Treffen haben nach Meinung politischer Beobachter eher den Charakter eines ersten Abtastens. Der Wunsch nach einer Annäherung besteht offensichtlich auf beiden Seiten. Doch die gegenwärtige Situation in beiden Ländern erlaubt noch keine eindeutigen Entscheidungen. In Iran stehen Parla-

mentswahlen bevor und in den USA wird im November der Präsident neu gewählt. Daher befinden sich sowohl Teheran als auch Washington in einer Wartestellung. In Iran haben die Rechten bislang alle Versuche der Regierung Chatami und des mehrheitlich von Reformern besetzten Parlaments, mit den USA einen ernsthaften Dialog auf Regierungsebene zu führen, torpediert. Die letzte Abweisung eines offiziellen Gesprächs erfolgte nachdem die iranische Regierung den USA erlaubt hatte, an den Hilfsaktionen für die Opfer des Erdbebens teilzunehmen und sogar mit Militärlufttransportern in Iran zu landen. Washington hatte offenbar die günstige Gelegenheit dazu benutzt, zu prüfen, wie weit in Teheran die Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Gesprächen besteht und vorgeschlagen, eine hochrangige Delegation, zu der auch ein naher Verwandter Präsident Bushs gehören sollte, nach Iran zu schicken. Die Reformer begrüßten den Vorschlag, doch Teheran lehnte ihn offiziell ab. Dazu sei die Zeit nicht reif genug. Es ist wohl anzunehmen, dass die Offerte vom Revolutionsführer und vor allem den grauen Eminenzen die zurückgewiesen wurde.

Bereits zuvor hatte Ex-Staatspräsident Haschmi Rafsandjani, den man zu den Mächtigsten des Landes zählt, mehrmals öffentlich erklärt, die Amerikaner sollten wissen, mit wem sie in Iran verhandeln müssten. Laut unbestätigten Berichten soll es in vergangenen Monaten mehrere geheime Treffen zwischen Vertretern Irans und der USA gegeben haben. Die Rechten scheinen entschlossen zu sein, bei dieser so wichtigen Frage die Zügel selbst in der Hand behalten zu wollen. Offenbar will man das Ergebnis der Wahlen am 20. Februar abwarten. Sollten tatsächlich die Konservativen die Wahl gewinnen und das Parlament zurückerobern, hätten sie den USA gegenüber eine stärkere Position und könnten bei etwaigen Verhandlungen größere Konzessionen und Zugeständnisse verlangen.

#### **Außenminister Charrasi: Iran hat die Anreicherung von Uran nicht eingestellt**

Der iranische Außenminister, Kamal Charrasi, sagte am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos in einem Interview mit CNN, Iran habe sich in der Vereinbarung mit den Außenministern Deutschland, Großbritanniens und

Frankreich, die als „Teheraner Erklärung“ bezeichnet wird, nicht verpflichtet, die Anreicherung von Uran gänzlich einzustellen. „Wir haben lediglich vereinbart, die Anreicherung vorübergehend auszusetzen“, sagte der Minister. Die vorübergehende Aussetzung bedeute jedoch nicht, dass die Beschaffung von Geräten und Instrumenten, die zur Anreicherung von Uran benötigt würden, ebenfalls eingestellt werden. Er fügte jedoch hinzu, seine Regierung sei bereit, über solche Fragen mit der Internationalen Atombehörde (IAEA) zu verhandeln. Charrasi betonte, es sei nun längst erwiesen, dass sein Land kein Programm zum Bau von Atomwaffen in Arbeit habe.

Indes forderte der Direktor der IAEA, Mohammad El Baradei, Iran auf, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um nachzuweisen, dass es nicht die Absicht habe, Nuklearwaffen herzustellen. Der Chef der Atombehörde, der ebenfalls an dem Wirtschaftsforum in Davos teilgenommen hatte, meinte, Iran sei verpflichtet, alle Aktivitäten, die mit der Anreicherung von Uran zusammenhängen, vollständig einzustellen. Dies gebe ihm bzw. den Staaten der Europäischen Union die Möglichkeit, sich für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Iran und der internationalen Staatengemeinschaft einzusetzen. El Baradei zeigte sich optimistisch: „Ich sehe keinen Grund, warum Iran sich von seiner Zusage zurückziehen sollte“, sagte er. Er wies darauf hin, dass UN-Kontrolleure in Iran im Einsatz seien. Sollte die Regierung in Teheran nicht ausreichend kooperieren, würde dies „ernste Auswirkungen“ haben, warnte der IAEA-Direktor.

Die USA und Israel behaupten nach wie vor, dass Iran im Besitz eines Programms zur Herstellung von Nuklearwaffen sei. Die Islamische Republik weist diese Behauptung entschieden zurück.

#### **Ein erstaunlicher Deal zwischen Israel, Iran, Deutschland und Hizbollah**

Am Donnerstag, 29. Januar, fand auf dem Kölner Flughafen ein Gefangenenaustausch zwischen Israel und der in Libanon ansässigen, paramilitärischen Organisation, Hizbollah statt. Sechzig Gefangene arabischer Herkunft wurden unter strengen Sicherheitsvorkehrungen gegen drei tote israelische Soldaten und einen israelischen Gefangenen ausgetauscht. Weitere 400 palästinensi-

sche Gefangene sollen freigelassen werden. Dass bei diesem in der Geschichte des Nahost-Konflikts einmaligen Deal auch Deutschland, und, noch erstaunlicher, Iran als Vermittler fungierten, macht stutzig. Israel gilt aus der Sicht der Islamisten in Iran als „der kleine Teufel“, als ein Staat, der sogar noch mehr als die USA angefeindet wird. Dennoch scheint diese Feindschaft die Machthaber in Iran nicht daran zu hindern -wenn die eigenen Interessen es fordern- auch mit Israel zu verhandeln und Geschäfte zu machen. Bekanntlich verkaufte Tel Aviv bereits zu Lebzeiten Chomeinis während des iranisch-irakischen Krieges Waffen an Iran.

Der nun erfolgte Gefangenenaustausch, der ohne Zweifel die Position der Hizbollah sowohl in Libanon als auch in Palästina stärken wird, wäre laut Berichten israelischer Zeitungen ohne die Zustimmung Teherans und die Vermittlung Deutschlands nicht zustande gekommen. Die entscheidenden Personen bei den seit über einem Jahr laufenden Verhandlungen waren auf deutscher Seite der Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung Ernst Uhlau und auf iranischer Seite der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrats Hassan Rohani. Beide haben auch bei den Verhandlungen über die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomsperrvertrag durch Iran entscheidend mitgewirkt.

Selbstverständlich verfolgt Iran bei dem Deal auch eigene Interessen und diese sind in diesem Fall von der Zustimmung Berlins abhängig. Seit Jahren ist Iran bemüht, die zu lebenslanger Haft verurteilten Attentäter, den Iraner Kazem Darabi und zwei Mitglieder der libanesischen Hizbollah, die an dem 1992 verübten Terroranschlag im Berliner Restaurant Mykonos gegen iranische Kurdenführer beteiligt waren, frei zu bekommen. Bisher wurde von deutscher Seite dieses Begehren zurückgewiesen. Doch nun scheint Iran seinem Ziel endlich recht nah gekommen zu sein. Die drei Häftlinge sollen beim nächsten Gefangenenaustausch dabei sein. Ihre Freilassung bedarf jedoch einer Begnadigung durch den Bundespräsidenten. Wenn also die rot-grüne Regierung die Angelegenheit mit Amtsinhaber Johannes Rau erledigen will, hat sie dafür noch höchstens fünf Monate Zeit. Die iranische Opposition im Ausland protestierte in einer Erklärung gegen diese Zugeständnisse an die Konservativen in Iran,

die selbst im Mykonos-Prozess verurteilt wurden, weil sie nachweislich den Mordauftrag erteilten. Ein solches Zugeständnis sei weder für den scheidenden Bundespräsidenten noch für die rot-grüne Koalition ein Ruhmesblatt, auch dann nicht, wenn sie damit Israel einen Dienst erweisen.

#### **Außenminister Charrasi bezeichnet den Zeugen im Hamburger Terroristenprozess als „Schwindler“**

Der iranische Außenminister Kamal Charrasi hat den überraschend aufgetauchten Zeugen im Hamburger Terroristenprozess als „Schwindler“ bezeichnet. Der Zeuge, der unter dem Decknamen „Hamid-Resa Zakeri“ aufgetreten ist, hat die Behauptung aufgestellt, Iran sei Urheber der Anschläge vom 11. September gewesen. Ferner gab der angebliche Ex-Agent vor, zu wissen, dass der in Hamburg wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zum Mord angeklagte Abdelghani Mzoudi sich vor dem 11. September in Iran aufgehalten habe und in die Vorbereitungen eingebunden gewesen sei.

„Die Person ist kein Ex-Agent des Nachrichtendienstes, sondern ein Schwindler, der solche Geschichten aufbringt, um damit Geld zu machen“, sagte Charrasi. Auch der iranische Botschafter in Berlin hatte zuvor erklärt, die Äußerungen des angeblichen Agenten seien „widersprüchlich und falsche Beweise einer unbekannt Person“.

Das überraschende Auftauchen des Zeugen veranlasste das Gericht, erneut in die Beweisaufnahme einzutreten. Zwei Beamte des Bundeskriminalamts und ein Bundesanwalt hatten vor Gericht aus Verhören mit dem Mann berichtet. Der Auftritt und die Aussagen des Ex-Agenten konnten das Gericht jedoch nicht überzeugen.

#### **El Qaida-Mitglieder sollen vor Gericht**

Außenminister Charrasi gab gegenüber der Nachrichtenagentur AP bekannt, dass zwölf mutmaßliche Mitglieder der terroristischen Organisation El Qaida, die sich in iranischer Haft befinden, vor Gericht gestellt werden sollen. Es sei das Recht Teherans, jeden vor Gericht zu stellen, der auf iranischem Gebiet Verbrechen begangen habe. Zu

dem Zeitpunkt des Prozesses machte er jedoch keine Angaben. Das liege nicht in seinen Händen, sagte der Außenminister.

Bereits im Juli vorigen Jahres hatte der iranische Geheimdienstminister Ali Junesi bestätigt, dass sich eine Reihe von Führungsmitgliedern von Al Qaida im iranischen Gewahrsam befinden. Es handele sich um zahlreiche „kleine und große Elemente“ von El Qaida, sagte er. Im September übergab Teheran dem Welt sicherheitsrat eine Liste von 225 mutmaßlichen El Qaida-Mitgliedern, die in Iran festgenommen und später in ihre Heimatländer abgeschoben worden waren. Diese waren nach dem Sturz der Taliban in Afghanistan illegal über die Grenze nach Iran geflüchtet.

Die USA verlangen von der Führung in Teheran, dass die festgenommenen El Qaida-Mitglieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Der Sprecher des Weißen Hauses, Scott McClellan, bekräftigte diese Forderung vor Journalisten in Washington.

Irans Staatspräsident Mohammad Chatami hatte im Dezember beim UN- Informationsgipfel in Genf erklärt, mutmaßliche El Qaida-Mitglieder, die Verbrechen in Iran begangen hätten, würden in Iran vor Gericht gestellt, die anderen würden in ihre Herkunftsländer ausgeliefert.

#### **Anwälte warnen vor Auslieferung der Volkmodjahedin an Iran**

Eine Gruppe von internationalen Anwälten hat vor der drohenden Auslieferung von rund 4000 im Irak festgehaltenen Mitgliedern der iranischen Volksmodjahedin gewarnt. Die Volksmodjahedin, eine militante Organisation, die sich Anfang der achtziger Jahre im Irak niedergelassen und dort mit finanzieller und militärischer Unterstützung des Saddam-Regimes eine kleine Armee aufgebaut hatte, um damit bewaffnete Anschläge in Iran ausführen zu können, waren nach dem Sturz des Baath-Regimes in eine mißliche Lage geraten. Die Besatzer veranlassten die Entwaffnung der Mitglieder, der irakische Regierungsrat beschloss im Dezember ihre Ausweisung. Die Organisation wird sowohl von den USA als auch von der EU als terroristisch eingestuft.

Die Ausweisung nach Iran würde zur Folter oder zum Tod von Gruppenmit-

gliedern führen, sagte der Genfer Anwalt Marc Hezelin. Nach übereinstimmender Meinung der Anwälte genießen die Mitglieder der Volksmodjahedin den Status von Zivilisten, weil sie sich in den jüngsten bewaffneten Konflikten neutral verhalten hätten. „Sie sind keine Kämpfer und keine Kriegsgefangene, sie sind Zivilisten“, sagte der US-Anwalt Steven Schneebaum. Damit seien sie durch die Genfer Konvention geschützt und dürften nicht gegen ihren Willen ausgeliefert werden.